

# Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.  
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Ercheint alle 14 Tage Sonntags. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnnummer 15 Pfg.	Verantwortlicher Redakteur und Verleger: <b>Ernst Voersch,</b> Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.	Inserate, die 3 Spaltenzeit betragen Zeile 30 Pfg. Veranstaltungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung.
<b>Fr. 15.</b>	<b>Berlin, den 28. Juli 1901.</b>	<b>5. Jahrg.</b>

**Gasanstalts-Arbeiter! Sammelt fleißig für den Gasarbeiter-Kongress, sonst kann derselbe im Oktober d. Js. nicht stattfinden.**

## Das 50jährige Jubiläum einer Gewerkschaft.

(Schluß.)

Von 1896 bis heute.

1897 zählte der Verband 87 450 Mitglieder. Das Jahr begann mit zahlreichen Konflikten, die seine Erledigung fanden. In erster Linie handelte es sich um die „Maschinenfrage“; die Maschinenbauer verlangten, daß ungelernete Arbeiter an gewissen Maschinen nicht beschäftigt werden sollten. Dazu kam die Forderung der Arbeiter, die Leberzeitarbeit abzuschaffen. So war überall Konfliktstoff aufgehäuft und nun kam dazu die Frage des Achtstundentages in London. Dort war schon lange Propaganda für die Forderung des Achtstundentages gemacht worden; die Londoner Wohnungsverhältnisse, welche die Arbeiter zwingen, immer weiter hinauszugehen nach den Vororten, drängen geradezu zu dieser Forderung. Aus diesen Streitfragen entspann sich der große englische Maschinenbauerkrieg, dessen Verlauf im Allgemeinen noch bekannt sein dürfte. Der sieben Monate lange Streik bezw. Aussperrung endete schließlich mit Abschluß eines Vertrages mit dem Unternehmerverbande, dessen Erneuerung jetzt in einigen Wochen wieder bevorsteht. In der Jubiläumsgabe ist der Streik gedacht, die den Verband in ihrem Kampfe unterstützt haben. An der Spitze der ausländischen Arbeiter marschierten die deutschen Arbeiter mit 291 500 Mk., gewiß ein schönes Zeichen internationaler Solidarität. Uns will scheinen, als ob die Summen, die der Maschinenbauerverband seit jener Zeit zur Unterstützung verschiedener Streiks auf dem Kontinente gezahlt haben, sich dagegen recht bescheiden ausnehmen. So erhielten die österreichischen Weber in ihrem Kampfe um den Jesuitentag von dem reichen Maschinenbauerverband ganze 1200 Mk., während die deutschen Gewerkschaften sofort 25 000 Mk. bewilligten.

Der Stand des Verbandes war bei Abschluß des Berichtes folgender: Mitgliedschaft: 87 672 Mann (der sieben eingegangene Monatsbericht, der mit Februar 1901 abschließt, giebt bereits 88 130 an), das Vermögen belief sich Ende September 1900 auf 7 538 626 Mk. und dürfte zur Zeit wohl die achte Million voll sein.

Im Januar d. J. ist das Generalsekretariat des Verbandes nach einem eigenen Hause in Pecham Road übergesiedelt, das eine genügende Anzahl geräumiger Büreaus und Konferenzzimmer enthält und in komfortabelster Weise eingerichtet ist. In dem oberen Stockwerk befindet sich die Wohnung des Generalsekretärs.

Es bliebe nun nur noch übrig, einige Worte über die Beamten und Führer des Verbandes

zu sagen. Denn man mag von dem endlichen Erfolge der aufstrebenden Tendenzen der Massenbewegung noch so viel auf das Konto setzen, so wird man doch auch die Thätigkeit einzelner Hervorragender nicht unterschätzen dürfen. Die zwei Männer, die vor Allem die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Kräfte erkannt hatten und für die Verschmelzung wirkten, waren Allan und

Newton. Der Erstere wurde der erste Generalsekretär des Verbandes und ist es bis zu seinem Tode, 1874, geblieben; Newton war seit 1848 schriftstellerisch thätig, stets war er bereit, für die Interessen seiner ehemaligen Berufskollegen einzutreten. Im Jahre 1860 überreichte ihm der Verband eine Dankadresse und eine Ehrengabe von 6000 Mk. Der Generalsekretär konnte bald die Arbeit nicht mehr allein bewältigen; 1863 wurde ein zweiter, 1866 ein dritter, 1882 ein vierter Beamter angestellt.

Der 1892er Delegirtenstag hob die alten Verwaltungskörperschaften auf und setzte einen Stab festangestellter verantwortlicher Beamten an deren Stelle. In das Generalsekretariat (Hauptverwaltung, Zentralvorstand) kamen zwei weitere Beamte; jeder der acht Kreise, in die das Land eingeteilt wurde, erhielt einen Beamten. Das Hauptbureau mußte im Laufe der Zeit verschiedentlich gewechselt werden, weil die Räume zu klein geworden.

Im Jahre 1874 starb Allan, zwei Jahre darauf Newton. Die Beerigung dieser Veteranen zeigte, wie hochangesehen, weit über die Kreise der engeren Berufsgenossen, die Beiden waren. Der Verband ehrte ihr Andenken durch Gründung einer Stiftung, den Allan-Newton-Fonds, aus welchem begabte Söhne von Mitgliedern Stipendien erhalten, um die Kunstakademie besuchen zu können. Auf Allan folgte John Burnett, der bis 1886 im Amte blieb. In diesem Jahre wurde er als Korrespondent in das Labour-Department (Abteilung für Arbeit) des Handelsministeriums berufen, welchen Posten er noch heute bekleidet. Ihm folgte Austin, und als dieser 1891 starb, erhielt Anderson den Posten. Dieser war früher Distriktssekretär des Kreises Manchester gewesen und war in den letzten Jahren Hilfssekretär im Hauptbureau. Auch Tom Mann hatte sich zur Wahl gestellt; er erhielt 17 152 Stimmen, Anderson gewann mit 18 102 Stimmen. Die Wahl wird in einer für uns sonderbar scheinenden Weise vorgenommen. Die Kandidaten treten in einen regelrechten Wahlkampf ein und halten überall Wahlversammlungen ab, in denen sie ihr Programm entwickeln. Bezeichnend ist, daß Tom Mann, der Sozialist, nur mit wenigen Stimmen hinter seinem Gegenkandidaten zurückblieb. Im Jahre 1896 wurde Geo Varnes Generalsekretär, derselbe, der aus dem großen Maschinenbauerkampfe bekannt geworden ist. Der Genannte ist noch heute im Amte. Das Gehalt des Generalsekretärs wurde im Jahre 1874 von der Delegirtenversammlung von 70 Mk. auf 80 Mk. pro Woche erhöht. (Es ist aus dem Bericht nicht genau ersichtlich, aber sehr wahrscheinlich, daß seitdem eine weitere Erhöhung eingetreten ist. D. V.) Außerdem erhalten die Beamten bei ihrem Abgange im Alter eine Pension.

Die englischen Gewerkschaftsbeamten haben eine große Verantwortung, es werden an ihre Intelligenz bedeutende Anforderungen gestellt, nur die Besten unter ihnen haben Aussicht auf die Ämter. Aber die Gewerkschaftsmitglieder wissen ihre Dienste dann auch richtig zu würdigen und bezahlen sie dementsprechend, wohl wissend, daß ihr eigenes Wohlergehen nicht zum Mindesten von dem Geschick ihrer Führer abhängt.

Aber auch sonst vermögen wir aus der Geschichte dieses starken, mächtigen Gewerkschafts Manches zu lernen, ohne damit Alles unbeeingend auf unsere Verhältnisse übertragen zu wollen.

Berlin, 28. März 1901.

Hugo Boesjch.

## Die Gewerbegerichtsauflösung wird Geseh.

Bekanntlich hat der Reichstag eine Abänderung des Gewerbegerichts-Gesetzes beschlossen, die einige Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung mit sich bringt. Die Organisationen der Schrammacker versuchen nun mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, die beschlossene Novelle zum Fall zu bringen. Es ist ihnen dies erfreulicher Weise nicht gelungen, indem der Bundesrat in seiner Sitzung vom 24. Juni den Beschlüssen des Reichstages seine Zustimmung erteilt hat.

Zukünftig muß jede Gemeinde mit über 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht besitzen.

Die Zahl dieser Gemeinden betrug nach der letzten Volkszählung 475, von denen untersech einige durch Anschluß an größere Nachbargemeinden außer Betracht fallen dürften. Die neue Vorschrift dürfte etwa 45 bis 50 neue Gewerbegerichte schaffen. Daß damit die Bedürfnisfrage mit einem Schlage gelöst wäre, kann nicht behauptet werden, denn auch in der Größenklasse von 10—20 000 Einwohner und selbst von 5000—10 000 Einwohner giebt es zahlreiche Gemeinden, die wegen ihres überwiegend gewerblich-industriellen Charakters ein Gewerbegericht gar nicht entbehren können. Auch ist bei der Vorschrift einer Minimal-Einwohnerzahl ein sehr bedenkliches Kriterium geschaffen, um berechtigte Anträge ohne Weiteres abzuweisen. Das Alles muß die Arbeiterchaft veranlassen, auf dem Gerichte nicht müßig auszuruhen, sondern unausgesetzt die Forderung eines eingeschränkten Delegirtenrats zu propagieren und überall dort, wo das Bedürfnis nach Gewerbegerichten herrscht, die entsprechenden Anträge an die Gemeinde- und Regierungsbehörden stellen.

Ein zweiter Vorzug des Gesetzes ist die bessere Regelung der sachlichen Zuständigkeit, die bisher, soweit die Ausschließung von Einleitungszeugnissen, Duldungsarten, Werkzeugen, Kleidungsstücken u. in Frage kam, stets umstritten war.

Emblich ist noch die in § 13 erteilte Erleichterung des Wahlrechtes zu begründen, welche von jeder Zeitbestimmung hinsichtlich des Wohnens oder der Beschäftigung am Orte des Gewerbegerichts abhört.

Außerdem wäre noch die Vorschrift im § 5 zu erwähnen, daß Schiedsgerichte, die die Zuständigkeit des Gewerbegerichts ausschließen, künftig zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen müssen mit einem Vorsitzenden, der weder Arbeitgeber oder Angestellter eines beteiligten Arbeitgebers, noch Arbeiter ist. Diese Vorschriften dürften den Umfang der Errichtung von Fabrikschiedsgerichten heilsam einschränken.

Dann giebt die Novelle auch den Einigungsämtern der Gewerbegerichte eine größere Bedeutung. Der Vorsitzende ist befugt, zur Einleitung der Verhandlung und in deren Verlauf an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen. Er kann hierbei, wenn das Einigungsamt gemäß § 62 oder 63 a angerufen worden ist; für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 100 Mk. androhen.

Das neue Gesetz tritt am 1. Januar kommenden Jahres in Kraft. Aufgabe der Arbeiter wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß die Vorarbeiten für die zwangsweise zu errichtenden Gewerbegerichte beschleunigt werden. Dann aber ist es auch ihre Pflicht, die gewerkschaftlichen Organisationen dergehalt zu kräftigen, daß ihre Vertreter gleich bei den ersten Wahlen gewählt werden. In einer Reihe derjenigen Gemeinden, die demnach Gewerbegerichte errichten müssen, sind Großbetriebe vorhanden, und bei der Abneigung der Arbeitgeber gegen Gewerbegerichte ist es nicht ausgeschlossen, daß diese vernachlässigt werden, ihren Arbeitern Fabrikschiedsgerichte, vielleicht unter Vorbehalt des von ihnen abhängigen Gemeinde-Vorsitzers oder sonst eines ihnen nahestehenden Beamten,

aufzubringen. Solche Schiedsgerichte können nicht im Wege der Arbeitsordnung otrovirt werden; es bedarf dazu eines besonderen Arbeitsvertrages. Ob die Arbeiter einen solchen ablehnen können, wird von ihrer jeweiligen Organisation abhängen. Sollte ihnen dies nicht möglich sein, dann müssen sie um so mehr darauf bedacht sein, nur zuverlässige Schiedsrichter zu wählen, zu deren Gefügigkeit und Unparteilichkeit sie volles Vertrauen haben. Die Errichtung von Schiedsgerichten verbindet indess keine Gemeinde mit über 20 000 Einwohnern von der gesetzlichen Verpflichtung der Errichtung eines Gewerbegerichts.

### Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin N., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Korrespondenz: von 10 - 12 Uhr Vormittags. Sonntags und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: **P. Vosskardt, Berlin N. 38, Eresdowstraße 18.** Geschäftsführer der Krankengeld-Zusuchtkasse: **E. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anfragen u. d. den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Verbindungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ und die Krankengeld-Zusuchtkasse bestimmt sind, nur an den Verbandskassierer zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zusuchtkasse gehen an **E. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.**

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an **H. Fiebig.**

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin S.O., Lauchertstraße 21.**

### Schankmachung.

Ein ganz ungerechtfertigtes Verlangen stellen einige Berliner Zitate an den Verbands-Vorstand. Sie verlangen, daß der Verbandssekretär möglichst in jeder Mitglieder-Versammlung anwesend sein — Berlin und Umgebung hat 21 Zitate aufzuweisen — und ihnen einen Vortrag halten soll. Wir möchten diese Zitate darauf aufmerksam machen, daß Voersch nicht als Referent für die Berliner Zitate seitens des Verbandes engagiert worden ist, sondern als Verbandssekretär. Wollte Voersch die erwähnten Wünsche der Berliner Zitate befriedigen, so müßte er seinen Posten als Verbandssekretär niederlegen, da ihm dann keine Zeit übrig bliebe, um die Geschäfte dieses Amtes ausüben zu können. — Vorträge zu halten ist nicht so leicht, wie sich Manche vielleicht vorstellen. Die Thätigkeit eines Redners besteht nicht nur darin, daß dieser zur Versammlung erscheint und den Schabbel aufbaut, sondern sie ist vor allem in der mehrstündigen oder mehrwöchentlichen Vorarbeit zu suchen, welche die Ausarbeitung eines Vortrages erfordert.

In Anbetracht dieses unberechtigten Verlangens hat der Verbands-Vorstand und Verbands-Ausschuß folgenden Beschluß gefaßt:

Der Verbands-Vorstand und der Verbands-Ausschuß hält es für selbstverständlich, daß die Berliner Zitate eine größere Unterstützung von Seiten des Verbands-Vorstandes, als wie die Zitate außerhalb Berlins nicht zu beanspruchen haben. Ebenjowenig hat der Verbands-Vorstand die Verpflichtung, Vertreter zu den regelmäßigen Versammlungen der Berliner Zitate zu entsenden. Nur die jüngeren Berliner Zitate sind von dem Verbands-Vorstande in aquatorischer und organisatorischer Beziehung zu unterstützen. Die älteren Zitate haben nur bei außerordentlichen Situationen Anspruch auf Unterstützung.

Wenn also Berliner Zitate öfter oder regelmäßig Vorträge hören wollten, so müßten sie es genau so machen, wie die Organisationen anderer Arbeiter; sie müßten für Referate Personen engagieren, die sie entsprechend zu entschädigen haben. Das Bureau der Gewerkschafts-Kommission, Engelauer 15, erteilt hierin nähere Auskunft.

Der Verbands-Vorstand.  
J. A.: **H. Fiebig.**

### Schankmachung.

Den Mitgliedern der Krankengeld-Zusuchtkasse bringen wir hiermit nochmals die statistischen Bestimmungen über die Voraussetzung über die Empfangsberechtigung von Krankengeld in Erinnerung.

§ 4. Abs. b des Statuts besagt: Voraussetzung für die Empfangsberechtigung der genannten Unterstützung ist, daß der Erkrankte mit seinen Beiträgen für den Verband der Gemeindeglieder nicht länger als sechs Wochen und mit den Beiträgen für die Zusatzkasse nicht länger als vier Wochen im Rückstande ist.

Die Geschäftsführer der Zusatzkasse werden ersucht, bei der Verabfolgung von Kranken-Unterstützungen streng die Bestimmungen des Statuts zu befolgen. Die Unterstützung wird vom 1. Tage der Krankheit an gewährt.

Der Verbands-Vorstand.  
J. A.: **E. Damm.**

**Quittung über die eingegangenen Gelder für die Charlottenburger Auswärtigen:** Hamburg 0,15, Leipzig 11,45, Berlin I (Anhalt Müllerstraße) 11,65, Berlin XII (Hiesfelder) 20,05, Berlin IX (Revier-Inspektionen) 12,20, Magdeburg II 6,62 Mt.

9,50 Mt. sind auf einer Geburtsstiftung in der Ebingstraße gesammelt und abgeliefert worden; dieselben wurden bereits unter 65,20 Mt. von Berlin IX quittiert.

**H. Fiebig.**

**Quittung über die bei der Verbandskasse (Hauptkassier) eingelaufenen Gelder:** Rüdow 19,92, Mannheim IV 56,35, Berlin XIV 90,57, Magdeburg I 116,35, Weidau 26,95, Gera 7,48, Naumburg III 29,25, Berlin III 113,55, Mainz 99,65, Dresden 352,78, Berlin I 190,18, Hamburg 374,45, Bietzen 126,05, Tegel 74,08, Magdeburg III 44,30, Naumburg II 39,85, Schmaragdberg 123,98, Berlin IV 24,20, Bremen 69,25, Friedrichshagen 95,50, Berlin VI 259,70, Ludwigshafen a. Rh. 35,53, Berlin X 12,00, Berlin V 98,67, Berlin VIII 27,20, Berlin IX 300,35, Chemnitz 53,00, Magdeburg II 3,50, Nürnberg 235,50, Berlin II 164,40, Berlin XIII 28,77, Pfortheim 30,47 Mt.

**H. Fiebig, Kassier.**

**Quittung über die eingegangenen Gelder für den Arbeiter-Kongress:** Pfortheim 10,70 Mt., Mainz 6,70 Mt. auf Voten 173 und 182.

**H. Fiebig.**

### Krankengeld-Zusuchtkasse.

Bei der Hauptkasse gingen von folgenden Geschäftsstellen Gelder ein: Rüdow 10,43 Mt., Magdeburg I 73,61 Mt., Berlin IX 163,63 Mt.

Zufuß von der Hauptkasse erhielten: Mainz 100 Mt., Göttingen, Stuttgart 50 Mt., Schmaragdberg 50 Mt., Berlin I 100 Mt., Pfortheim I 50 Mt., Hamburg 50 Mt.

Für **Vertrauensmarken** gingen bei dem Unterzeichneten vom 23. I. bis 19. 7. 1901 ein: Berlin IV 0,50 Mt., Bremen 1 Mt., Berlin II 2,10 Mt., Berlin VI 2 Mt.

Der Verbandsvorsitzende.  
J. A.: **E. Damm.**

### Versammlungen.

#### Zur Gedächtnis.

Berichte u. d. welche in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche vor dem Erscheinen derselben in den Händen der Redaktion sein. Jedoch können sie nur dann auf Aufnahme hoffen, wenn sie einer größeren Umarbeitung nicht bedürfen und Raum vorhanden ist. — Alle Berichte sind möglichst kurz abzufassen, müssen auf besonderen Bogen geschrieben und nicht mit Mitteilungen für den Verbands-Vorstand verbunden sein. Es darf auch stets nur eine Seite des Papiers beschrieben werden.

#### In unsere Korrespondenten!

Mit der Ausbreitung unserer Bewegung hat sich auch der Stoff vergrößert, der in unserer Zeitung behandelt werden soll. — Daher müssen wir namentlich an die Versammlungs-Berichterstatter die dringende Bitte richten, ihre Korrespondenzen so kurz wie möglich zu fassen. Insbesondere ist die genaue Angabe der Tagesordnung, der Versammlungsberechnung u. d. zu unterlassen, da solche Angaben nur unnötig Platz in Anspruch nehmen und wenig oder gar kein Interesse für die Allgemeinheit besitzen. In den Versammlungsberichten sollen nur die Punkte zur Erörterung gelangen, welche die Allgemeinheit interessieren; auch sind die Angaben über Zeitlichkeiten, deren Kontinuität u. d. zu unterlassen. — Wir müssen um Beachtung unserer Wünsche bitten, um es zu ermöglichen, daß die eingesandten Berichte rechtzeitig veröffentlicht werden können. — Wir waren z. B. bei der vorigen Nummer gezwungen nicht weniger als 9 Berichte zurückzulassen, da es uns an dem nötigen Raum fehlte.

**Berlin.** Die städtischen Arbeiter und Unterangeordneten hielten am Montag, den 15. cr., eine stark besuchte öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Stadtverordneter A. Pinz gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses, der von der Stadtverordneten-Versammlung mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter betraut war. Der Magistrat, führte Redner unter anderem aus, habe seinen reaktionären Vertreter in den Ausschuss geschickt, und wenn nicht mehr für die Arbeiter herausgekommen sei, so sei das vor allem auch die Schuld des Stadtrats Rasmann, der sich selbst jeder Forderung entgegenstellt und behauptet habe, die städtischen Arbeiter seien die am besten gestellten und zufriedenen. Ferner führte der Redner aus, daß der Ausschuss in dem neuen Reglement der Stadtverordneten-Versammlung nicht empfohlen habe, einen Minimallohn von 3,50 Mark für alle Arbeiter festzusetzen, sondern nur einzelne Kategorien einen solchen erhalten haben. Auch die neunmündige Arbeitszeit hätte in dem neuen Reglement vorgeleben werden müssen. Der auf Antrag des Stadtrats Rasmann angenommene Passus, daß die neunmündige Arbeitszeit nach Möglichkeit inne gehalten werden soll, rechtfertigt nicht den Anspruch, die städtischen Anstalten sollen Musteranstalten in jeder Beziehung sein. Die Ablehnung der Gründung eines Arbeitsnachweises für städtische Arbeiter sei kaum zu verstehen, weil schon viele andere Städte die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Arbeitsnachweise eingesehen hätten. Ebenso unverständlich ist, daß der Berliner Magistrat zukünftig bei der Einstellung städtischer Arbeiter zu Friedensübungen nur den Landwehrgewerkschaften, nicht aber den Referatsstellen die Differenz weiter zahlen will, um welche die staatlichen Unterstützungsgelder geringer als die Löhne sind.

Nachdem mehrere Redner im Sinne des Referenten gesprochen und die Verbändnisse in einzelnen Betrieben kritisiert hatten, wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Obgleich die versammelten städtischen Arbeiter anerkennen, daß durch die Beschlüsse des Ausschusses des Stadtverordneten-Kollegiums eine Verbesserung für einige städtische Arbeiterkategorien herbeigeführt ist, sind sie doch keineswegs von dem Gesamtergebnis be-

riedigt. Insbesondere bedauern sie, daß namentlich der Vertreter des Magistrats sich fast gegen alle beantragten Verbesserungen gestrichelt hat. Die Versammelten sprechen die Hoffnung aus, daß der Magistrat den gefassten Beschlüssen baldigst seine Zustimmung geben und die Arbeiterauschüsse dann umgehend in allen Betrieben ins Leben rufen wird.

**Berlin Ia.** Am 18. d. Mts. fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zitate Ia statt. Auf der Tagesordnung stand:

1. Wahl eines Delegierten zum Arbeiter-Kongress.
  2. Verschiedenes.
- Es wurden die Kollegen Gipp, Lutz, Haffsart und Grammer als Kandidaten aufgestellt. Die Stimmenzahl der vorigen Versammlung wurde auf Antrag des Kollegen Damm für ungültig erklärt; den Vertrauensleuten sollen Stimmzettel verabfolgt werden, welche diese an die Mitglieder beifügen. Bornaahme der Wahl weiter zu geben haben.

Zur Frage der Freitagsarbeit d. r. Arbeiterarbeit nahm Kollege Gipp das Wort. Derselbe führte aus, daß die Frage bei d. r. jüdischen überaus schlechten Geschäftslage zunächst zu überlegen sei. Vor allem Dirgen soll erst auf die Kollegen dahin aufklärend gewirkt werden, daß dieselben notwendigsgemein, wenn über solche Fragen verhandelt werden soll, sie auch verbleiben bezogen fernweg, daß die Kollegen einmütig gemittelt sind, für ihre Forderungen in corpore einzutreten. An Stelle d. r. Kollegen Gering wurde Kollege Lutz als Vertrauensmann gewählt.

Nachdem noch einige unbedeutende Fragen erledigt, schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung gegen 11 Uhr.

**Berlin IX.** Am 20. Juni d. J. fand bei Buole, Grenadierstr. 33, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zitate IX (Revierinspektionen) der Verbandes bei in Gemeindefreien beschaftigten Arbeiter und Unterangeordneten statt.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr mit dem Verlesen nächstehender Tagesordnung: 1. Die Beschaffung eines eigenen Bureaus; 2. Anstellung eines Beamten für die Berliner Zitate und Befolgung derselben; 2. Mitglieder in den einzelnen Reviereinspektionen; 3. Verschiedenes.

Der 1. Punkt der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu der Beschaffung eines eigenen Bureaus und der Anstellung eines Beamten für die Berliner Zitate sowie die Befolgung derselben, ist bereits in der vorhergehenden Versammlung teilweise erörtert worden, wurde aber damals vertagt. Nachdem der Vorsitzende die Verbändnisse eingehend detailliert, erklärte sich die Versammlung für die Anstellung eines Beamten. Die Befolgung derselben soll dagegen der Zentralverband und nicht die Berliner Zitate übernehmen, da entsprechend der Vergütung des Verbandes dem Verbands-Vorstand auch größere Mittel zufließen würden. Ein anderer Kollege war der Meinung, daß die Mittel des Verbands-Vorstandes nicht ausreichen, der Anzustellenden zu bezahlen, er empfahl, falls die Versammelten den Antrag ablehnen, die Beiträge zu erhöhen, was jedoch nur durch Beschluß einer General-Versammlung geschehen könnte. Bei der Abstimmung wurde: indess der Antrag des Verbands-Vorstandes abgelehnt.

Zum 2. Punkt wurde das Verhalten einiger ersten Schreiber der verschiedenen Ämter einer scharfen Kritik unterworfen, die, wiewohl sie meist selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, ihre Mitarbeiter in jeder Weise misshandeln. Besonders ist es der Schreiber Krause vom 23. Revier, früherer Vorsitzender unserer Zitate, der durch allerlei Misshandlungen die Arbeiter zu schädigen sucht. Grobe Verweise und unverschämte Handlungen, deren er sich selbst schuldig macht, versucht der Verweise in der verläumderrischen Weise auf Andere zu wälzen. Im weiteren Verlaufe der sich hierauf beziehenden Diskussion kommen Dinge über den v. Krause zur Sprache, die den Ausschluß derselben aus dem Verbandsverbande zur Folge haben.

Unter „Verschiedenes“ gibt das Verbands-Komitee bekannt, daß das diesjährige Stiftungsfest am 24. August in Noad's Gesammträumen, Brunnenstr. 16, stattfinden wird.

Darauf schließt der Vorsitzende um 12 Uhr die Versammlung.

**Anmerkung der Redaktion.** Die Ansicht, welche man in der Zitate Berlin IX bezüglich der Anstellung eines Beamten für die Berliner Zitate vertreten hat, berührt uns denn doch etwas komisch. Man verlangt, daß der Verbands-Vorstand die Kosten hierfür tragen soll. Das wird natürlich nie und nimmer geschehen. Wenn die Berliner zur Erledigung ihrer dringlichen Angelegenheiten eines besoldeten Beamten bedürfen, so müssen sie selbstverständlich auch die Kosten hierfür tragen, genau wie das die anderen Zitate unseres Verbandes bei derselben Sachlage auch müssen. Wollte der Verbands-Vorstand die Beamtenfrage der Berliner Zitate in dem Sinne regeln, wie es die Zitate IX wünscht, so würden die Berliner Zitate bereits ihres Beamten sich von den anderen Verbandsstellen in finanzieller Beziehung unterhalten lassen. Darauf kann der Verbands-Vorstand aus Rechts- und Billigkeitsgründen nicht eingehen.

**Berlin XI.** (Angeordnete der Frankend. u. r.) Die Generalversammlung der Zitate wurde am 8. Juli 1901 um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vom Kollegen Vessing eröffnet.

- Auf der Tagesordnung stand:**
1. Verlesung des Protokolls.
  2. Wahl des gemalten Vorstandes.
  3. Aufnahme neuer Mitglieder.
  4. Verschiedenes.
  5. Freie Diskussion.

Nachdem das Protokoll verlesen, erfuhr Kollege Vessing die Versammlung, die Tagesordnung dahin abzuändern, daß Punkt 3. Aufnahme neuer Mitglieder, zuerst erledigt würde, weil sich unter dem Anwesenden

eine fremde Person befände, welche eben erst in den Verhandlungen eingetreten habe oder das Total verlassen müßte.

Diese Veränderung wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird der Vorsitzende aufgefordert, sich in den Verhandlungen zu lösen oder das Total zu verlassen. Derselbe verläßt hierauf stillschweigend das Total.

Es folgt hierauf die Wahl des Vorstandes. Da nun die Versammlung, trotzdem Generalversammlung angefaßt war, beschlußfähig ist, so wird der alte Vorstand bis auf die nächsten Versammlung wiedergewählt. Die Wahl der letzteren wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

In bezuglichen Worten dankten die Kollegen Kräuße, Krause und Kratow den Versammelten für das Vertrauen, welches ihnen durch die Wiederwahl offenbar worden; und verpflichteten sich, so wie bisher auch fernerhin ihre Schuldigkeit zu thun.

Kollege Brun spricht im Namen der Versammelten ebenfalls seine Freude darüber aus, daß Alles wieder beim Alten geblieben ist.

In kurzen Worten schildert Kollege Krause den Gesamtzustand und Aussehen im verfloßenen Jahre.

Die Anfrage des Kollegen Kräuße, wieviel Mittel ungelegt und ob der gemeinbare Saal für uns genügend würde, wird von Kollegen Brun zufriedenstellend beantwortet. Da nun von unserem Finanzminister Blauel (Krause) schon wieder Geld verlangt wird zu Fortschaffen für unser Stützungsziel, so trägt derselbe an, ob dieselben angefaßt werden sollen oder nicht.

Hierauf nimmt Kollege Fiebig das Wort und sagt: Es genüge vollständig, wenn die Komitteesmitglieder Schichten hätten, wir wären eine Gewerkschaft und kein Vereinigungsverein.

Kollege Brun meldet sich Kollege Meled zum Wort; derselbe kann seine Vierteljahrberichterstattung in der Zeitung finden. Dieser wird hierüber berichtet, außerdem gut; derselbe die bisher von ihm besorgte Zeitungsausgabe an die Anstalten an den Kollegen Weber ab. Das Verhalten des Betreffenden wird von Kollegen Fiebig gerügt, indem derselbe nicht, daß derartige kleine Kränkchen auch von den Mitgliedern besorgt werden können. Es ist nicht angebracht, Alles dem Vorstand aufzubladen.

Hierauf erhebt Kollege Kratow den Kollegen Krause, doch endlich das Geld betreffs des Glasarbeiterstreiks und der Gewerkschaftskommission zu bezahlen, da er sich nun bald nicht mehr zur Auskündigung zu geben getraue.

Kollege Krause erwidert, daß er immer noch nicht wisse, zu welchem Zwecke ihm Gelder ausgegeben werden sollen. Dieses wird ihm von Kollegen Fiebig klar gelegt.

Da nun Kollege Krause vollumfänglich Bescheid weiß, so will er diese Sachen baldigt erledigen.

Nachdem noch einige unregelmäßige Angelegenheiten erledigt, erfolgt Schluß der Versammlung um 10.50 Uhr.

**Preußen.** Am 13. Juli fand im „Trianon“ die Generalversammlung der hiesigen Zittale statt. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes ging hervor, daß seit dem 1. Juli 1900 zehn Versammlungen stattgefunden haben. Davon waren 4 Mitgliederversammlungen und 6 allgemeine Versammlungen. Sitzungen haben 15 stattgefunden, Abrechnungen und Kassenergebnisse 4, Besuche und Eingaben wurden 8 angefertigt. Die Mitgliederzahl ist von 370 am 1. Juli vorigen Jahres auf 457 am 30. Juni dieses Jahres gestiegen. Neu eingetretene sind im Laufe des Jahres 241. Ausgetreten sind 134. Die Zittale hatte sehr durch Arbeitslosigkeit der Mitglieder zu leiden, welche der vergangene Winter mit sich brachte, aber auch die Vorgehung der Leiter der Organisation hat einigen Einfluß auf die Entwicklung der Zittale ausgeübt.

Vereinnahme wurden: Eintrittsgeld 110,50 Mk., Beiträge 2066,25 Mk., Delegationsgelder 117,— Mk., Bestand vom vorigen Jahre 349,89 Mk., Summa 2637,64 Mk. Demgegenüber haben Ausgaben: an die Verbandstafel 1260,64 Mk., an die Orts 888,38 Mk., bleibt ein Bestand von 488,62 Mk. An freiwillige Beiträge gingen ein: 89,50 Mk. für die Bremer Gasarbeiter, 14,45 Mk. für die Charlottenburger Gasarbeiter; beide Summen sind an die Ortskasse abgeführt worden. Bei der Neuwahl des Vertrauensmannes wurde einstimmig beschlossen, denselben wegen der Vorgehungsfähigkeit zu beenden und zwar vorläufig mit 15 Mk. pro Woche. Ein Teil des hierzu notwendigen soll durch ein Ertragssteuer von 10 Pf. pro Monat und Mitglied aufgebracht werden. Die Neuwahl des Vertrauensmannes, welche mit Stimmzetteln vorgenommen wurde, ergab 84 von 90 abgegebenen Stimmen für Pflücker. Zu Neuwahlen wurden die Kollegen Strampe und Pfeißler wieder gewählt, als Stellvertreter die Kollegen Höpfer und Lembig. Als Stellvertreter des Vertrauensmannes wurde Kollege Kriemann gewählt, nachdem 8 Kollegen die Annahme des Amtes verweigert hatten. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Gewerkschaftliches, wurde wegen vorgerückter Stunde nicht erledigt. Mit einem Appell an die Mitglieder, auch in Zukunft treu zusammen zu halten, damit im nächsten Jahre ein noch glücklicher Bericht erstattet werden kann, schloß der Vertrauensmann die in bester Ordnung verlaufene Versammlung.

**Hamburg.** Am Sonntag, den 7. Juli, tagte hier eine öffentliche Versammlung auf der Beddel bei Elmann, Siebold.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Soziale Fürsorge für die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter. 2. Diskussion.

Der Referent Genosse Bürger entrollte ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der hiesigen Bürgerkassen. Sie dorten selbst der Wunsch des Referenten, die Arbeiterfürsorge möge besser ausgebaut werden, völlig ignoriert wird. Welche es doch hier für das gewöhnliche Proletariat etwas zu thun, wobei eigene Interessen womöglich nicht beständig im Vordergrund bleiben könnten. Die Tätigkeit der Bürgerkassensmitglieder wäre vielmehr mit dem

Staat zu vergleichen, wo englische regierungsförmig beauftragte Beamte in anderen Ländern Fische ankaufen sollten und dabei für sich ein Bombengeschäft machen wäre es doch als ein Vertrauensbruch zu bezeichnen, wenn des Volkes Vertreter an hiesiger Stelle das Allgemeinwohl überhaupt nicht im Auge haben, sondern lediglich die Sitzungen ausnützen für eigene Spekulationen und demgemäß bürgerliche Verbindnisse, welche dem Gesamten dienen, zurücksetzen müßten. Was dem Vortrager recht ist, ist dem Arbeiter billig. Würden doch dieselben in Privatbetrieben die Arbeiter besser behandeln, wie bei uns. Selbst bei einem Einkommen von 4—6 Mk. brauche man gerade noch kein Schmerzer zu sein. Hier wäre ein größerer Einfluß auf die oberen Behörden notwendig, um in der Arbeiter-Fürsorge ein Besseres zu schaffen, wie etwa Schenkung im Interesse der sozialen Wohlfahrt, aber auf Kosten der Allgemeinheit, 8 Tage Urlaub, Pensionierung, Renten aus mir nicht 7—800 Mk. und nicht wie heute auf 3—400 Mk. monatlich nicht auszukommen wäre. Ferner hätte der Vater Staat sowie die Gemeinden die Verpflichtung, den Arbeitern im weitesten Sinne entgegen zu kommen, um sagen zu können: „Wir gehen mit gutem Beispiel voran.“ Wenn die hiesigen Arbeiter ein auskömmlicher Lohn gezahlt würde, wäre dies freilich auch ein mehrbegehrter Platz. Der Staat wäre zu veranlassen, Staatsgrund zurückzugeben, um Bau von Arbeiter-Wohnungen und zwar in gesellschaftlicher Regie. — Entschieden notwendig wäre der Zusammenschluß aller Arbeiter, um so auf diesem Wege etwas zu erreichen.

Der Vorsitzende schloß in Ergänzung des Vortragers hinzu, daß wir mit Recht das beanspruchen könnten, was bereits anderwärts den hiesigen Betrieben zuerkannt wurde.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Magdeburg.** Zittale III hielt in Vater's Lokal „Kurzerdall“ Sonnabend, den 6. Juli, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Um 9 Uhr wurde dieselbe vom Vorsitzenden eröffnet und da Punkt 1 bereits vorher erledigt worden war, wurde der 2. Punkt, Berichterstattung von den Kartellzweigen, behandelt. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die Glasarbeiter von Kienburg, die Tabakarbeiter von Nordhausen und die Jägerarbeiter Apolda sich mit der Bitte an das hiesige Gewerkschafts-Kartell gewandt haben, sie in dem schweren wirtschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer zu unterstützen. Die Versammlung bewilligte 200 Mark. Davon sollen erhalten: die Glasarbeiter in Kienburg 100 Mark, die Tabakarbeiter in Nordhausen 70 Mark und die Jägerarbeiter in Apolda 30 Mark. Der Punkt 3 behandelte die Frage: Wie bekommen wir die hiesigen Arbeiter in die Organisation? Sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß dieses nicht so leicht zu erreichen sei, indem die meisten hiesigen Arbeiter der modernen Arbeiterbewegung noch fremd gegenüber stehen und nicht einsehen gelernt haben, wie die Fabrikanten sich zusammenschließen, um ihre Produkte hoch an den Markt zu bringen. Dieses könnten sie in eigenen Hause auch an den hohen Kohlenpreisen spüren, ebenso hätte das Hausarierthum für jeden denkenden Arbeiter leider Stoff genug, darüber nachzudenken, welche Mittel einzuschlagen sind, den wölligen Ausbeutern entgegenzuarbeiten. Daß dieses Mittel einzig und allein der Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter in gewerkschaftlich-gesellschaftlicher Organisation ist, das leuchtet bedauerlicher Weise besonders dem Gros der hiesigen Arbeiter nicht ein. Mit dem Wunsch, daß ein jeder Kollege seine Schuldigkeit tue, und wäre es auch nur ein Kollege, den ein Jeder unserer Reihen zur Hilfe, so würde hierdurch ein bedeutender Fortschritt erzielt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Mainz.** Öffentliche Versammlung der hiesigen Arbeiter am 30. Juni. Tagesordnung: Welche Bedeutung hat die bevorstehende Stadtratswahl für die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter und Unterbeamten? Das Referat lief in dankenswerter Weise Herr Stadtrat Peter Diefel ab. Er sprach sich über die Sozialdemokratie aus, die den Arbeitern und anderen Beamten ihren Einfluß in hiesigen Stadtparlament gehalten hätte. Sei die Anzahl der Vertreter auch noch eine kleine, so ist doch durch Stellung von Anträgen und Anregungen manch Sprödiges für die Arbeiter durchgesetzt worden. Redner erinnerte nur an die Erhebung der hiesigen Arbeiter und anderer mehr. Daß dieser letzte Punkt als eine bräunliche Notwendigkeit oben anerkannt werde, gebe daraus hervor, daß 5000 Mark zu diesem Zweck in laufende Budget eingestellt seien. Auch die nunmehr in Kraft getretene Arbeitsordnung sei, wenn auch nicht „vollkommen“, doch ein wesentlicher Fortschritt. In Bezug auf die Forderung des Achtundzigtens steht der Redner auf dem Standpunkt, daß, was den Beamten recht, müsse auch den Arbeitern zugebilligt werden, er glaube, daß die Zeit nicht mehr abzuwarten ist, wo alle Arbeiter, die bei der Stadt in Diensten stehen, sich dieser Arbeitzeiter freuen werden. Dasselbe gelte für den Land. Ebenso seien die Vornehmsten, wenn diese auch noch nicht die Höhe erreicht hätten, daß man damit zufrieden sein könne. (Das meinen wir aber auch. D. Red. d. Gewerks.)

Alle dies sei ein Beweis, daß das Stadtparlament Gutes für die hiesigen Arbeiter schaffen könne, wenn Leute sich darin befinden, denen das Wohl und Wehe der Arbeiter am Herzen liege und nicht nur die Arbeiter eben Arbeiter sein ließen. Dies träte aber nur auf die Sozialdemokratie zu, drum muß es Pflicht gerade der hiesigen Arbeiter sein, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Arbeitervertreter auf dem Stadtratswahl immer größer werde. Tagt sei bei der bevorstehenden Stadtratswahl die beste Handhabung geboten. (Verdächtig Beifall.)

Der Vorsitzende ermahnt die Anwesenden, bei einer event. später stattfindenden Versammlung mit gleichem Thema, in welcher gleichzeitig ein Kandidat aus der Mitte der hiesigen Arbeiterorganisation nominiert werden soll, recht zahlreich zu erscheinen und für den Besuch derselben zu agitieren, was in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Wahl nur zu hoffen ist.

**Mannheim.** Am Samstag, den 15. Juni, fand im Lokal J. Ulmer die regelmäßige Versammlung der Zittale I statt, die leider schon besetzt war. Es wurden zunächst Briefe, welche vom Hauptvorstand eingelaufen waren, verlesen. Der erste enthielt den Beschluß, betreffs Aufnahme der durch die Streikigkeiten ausgeschiedenen Kollegen; der zweite, daß nun die Einigkeit mit den übrigen Zittalen wieder hergestellt ist. Nach Vertagung des Protokolls war eine lebhaft Debatte über das diesjährige Stützungsziel, und wurde der Vorstand beauftragt, sich hierüber mit den anderen Zittalen zu beschreiben, zwecks eines gemeinsamen Stützungszieles. Im Weiteren wurde der Kartellbericht entgegengenommen, welcher als Hauptpunkt den Glasarbeiterstreik in Kienburg und Schauenstein, sowie den Tabakarbeiterstreik in Nordhausen hatte, und die Kollegen aufgefordert wurden, die Sammellisten, welche vom Kartell ausgegeben werden, fleißig zu zeichnen. Im Besonderen konnten wieder die Mitglieder, wegen dessen der Ausschuss schon mehrere Male vorstellig war, zur Sprache, weil dieselben bis jetzt noch nicht geregelt sind, und wurde beantragt, den Ausschuss beider Werke Lindenhof und Lugenberg gemeinschaftlich vorzuschicken, damit endlich Remedur geschafft werde.

Den besten Beweis, wie notwendig es war, die alten Streikigkeiten bei Seite zu schaffen, konnte man darin sehen, daß sich 25 Kollegen dem Verbands wieder angeschlossen. Aber leider ist jetzt eine Agitation gegen den Zentralverband im Gange, denn es wurde der Antrag gestellt auf Gründung einer lokalen Organisation, wozu die meisten Kollegen protestierten. Der Antragsteller wurde gebeten, denselben zurückzugeben, welches leider ohne Erfolg war; er wurde infolgedessen auf die nächste Tagesordnung gelegt.

**Anmerkung der Redaktion.** Der Kollege, welcher den Antrag auf Gründung einer lokalen Organisation stellte, scheint in der gewerkschaftlichen Organisationsfrage denn doch wohl noch nicht das nötige Verständnis zu besitzen. Die ganze Tendenz der Gegenwart läuft auf allen Gebieten darauf hinaus, immer mehr Kräfte mit gleichen Interessen zur gemeinsamen Aktion zusammen zu fassen, weil dann diese vereinigten Kräfte eine viel größere Macht besitzen, ihr Ziel deshalb eher erreichen können, als wie viele einzeln zerstreute Kräfte. Wenn so liegen alle die Dinge auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisation. Die Gründung von lokalen Organisationen bedeutet eine Zerplitterung von Kräften mit gemeinsamen Zielen, ist also ein Rückschritt und nicht ein Fortschritt. Wir haben auch so viel Zuvertrauen zu unseren Mannheimer Mitgliedern, daß sie nicht rückwärts gehen wollen, sondern ihre Parole auch zünftig „Vorwärts“ lauten wird. Dementsprechend werden sie wohl auch handeln.

**Mannheim.** Die Mitgliederversammlung der Zittale I, wozu am 29. Juni tagte, hatte als Hauptpunkt auf der Tagesordnung: Zentral- oder Lokalorganisation. Zwei Kollegen hatten den Antrag gestellt, Zittale I von der Zentralorganisation zu trennen und eine Lokalorganisation zu gründen. Die Begründung war aber so dinställig, daß der Vorsitzende des Gewerkschaftsreferats, Genosse Trautwein, welcher als Wort eingelaufen war, es sehr leicht hatte, dieselben zu widerlegen. Er führte an, daß es ganz unmöglich sei, in einer Zeit, wo sich Alles an die Zentralorganisation angeschlossen hätte, die Zentralorganisation angereizt würde, an eine Lokalisierung zu denken. Wir müßten uns immer noch mehr kämpfen gegen die Arbeitgeberorganisation, die sich doch auch alle in Zentralverbände zusammengeschlossen haben, da gegen könnte doch nicht keine Lokalorganisation aufkommen, geschweige denn Wirkungsbereich aufweisen. Auch bei einem Streik, welcher event. längere Zeit andauere, würden die Mitglieder schlecht wegkommen, denn an Unterhaltungen seitens des Kartells oder sonstiger Zentralorganisationen sei von dem Tage an, wo sich diese lokalisierten hätten, nicht mehr zu denken. Er hofft, daß alle Kollegen geschlossen gegen so einen unglücklichen Antrag stimmen werden. Die Kollegen setzten lieber vernünftige Anträge einbringen, welche auf den Verbandstagen und Kongressen diskutiert und beraten werden; allerdings müssen diese Anträge auch für die gesamte Organisation Nutzen versprechen. Die Zittale I, welche doch die Gründerin der anderen Zittale im Gemeindebetrieb ist, müßte doch mit gutem Beispiel den jüngeren Zittalen vorangehen. Der Vorsitzende dankt dem Genossen Trautwein im Namen der Kollegen für die lebendige Auseinandersetzung einer so wichtigen Frage. Es wird hierauf der Antrag der beiden Kollegen einstimmig abgelehnt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Mitgliederversammlung vom 13. Juli mußte sich abermals mit der Lokalorganisation befassen, weil der Antragsteller, V. Schäfer, trotzdem sein Antrag einstimmig abgelehnt war, in der Gasfabrik noch dafür agitiert. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß wenn es demselben mit der Sache ernst wäre, er nicht in betrunkenen Zustände erscheinen würde, um seinen Antrag zu begründen. Es sei nur darauf abgesehen, die Zittale zu vernichten. Die Agitation hat betreffenden Schäfer so toll getrieben, daß alle darüber emig waren, daß derselbe aus dem Verbands ausgeschlossen werden müsse. In der darauffolgenden Vorstandssitzung wurde auch einstimmig beschlossen, das Mitglied Leonard Schäfer auf Grund des § 5 des Statuts wegen Agitation gegen den Verband auszuscheiden. Genossenschaftlichen Genossen wurden wegen Miteigentums der Beiträge ausgeschlossen Sebastian Schmidt und Johann Hoffmann.

**Schmargendorf.** Am 22. Juni tagte die Versammlung der Filiale Schmargendorf. Präsiert G. Zimle. Glattonenberg hielt einen Vortrag über gewerkschaftliche Organisation. Insbesondere charakterisierte die Referentin die Affordarbeit und den schädlichen Einfluss derselben auf die wirtschaftliche Lage der gesamten Arbeiterschaft, sowie des einzelnen Arbeiters selbst, welcher durch die Affordarbeit veranlaßt wird, seine Kräfte über das zulässige Maß anzustrengen. Mit der Ermahnung an die Versammelten, abgesehen der Organisation treu zu bleiben, für dieselbe zu wirken und zu streben, schloß die Versammlung ihre interessanten Ausführungen.

Ferner wurde beschlossen, das Stiftungsfest am Sonnabend, den 20. Juli, im Versammlungslokal des Herrn Struß, Auguststr. 1, zu feiern.  
Für die freitenden Tabakarbeiter Nordhausens und den ausführenden wackeren Webern in Eimewalde wurden je 20 Mk. bewilligt.

**Bau- und Sparverein**

der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. G. G. m. b. H.

Zur Entgegennahme von Beiträgen, wie Spargeldern haben wir folgende Zahlstellen errichtet:

- Seuffelstr. 66 bei Fischer.
- Salzweiderstr. 6 bei Wittmann.
- Passwälderstr. 3 bei Bergmann.
- Brunnenstr. 85 bei Reigle.
- Erstehofstr. 36 bei Pinner.
- Weinstr. 28 bei Spaeth.
- Bordorferstr. 9 bei Riensst.
- Mühlauerstr. 31 bei Wildgrube.
- Kottbuser Damm 33 bei Görtlich.
- Fürbringerstr. 14 bei Rorge.
- Reimstr. 14 bei Deufe.
- Einmstr. 36 bei Richter.

**Charlottenburg.**

- Felsenheimerstr. 11 bei Porsich.
- Gosnabrückerstr. 4 bei Gimpel.

**Friedrichsberg.**

- Frankfurter-Allee 174 bei Pantan.

**Friedrichshagen.**

- Kahndorferstr. 28 bei Dewes.

**Kirchdorf.**

- Zusatzstr. 113 bei Wünzger.

**Wilmerdorf.**

- Brandenburgischestr. 115 bei Borpfaßl.
- Dabei werden auch neue Mitglieder aufgenommen. Spargelder werden mit 3 1/2 pCt. verzinst.

Der Vorstand.

Bruno Porsich, G. Damm.

**Adressen-Verzeichnis**

der Geschäftsführer der Krankengeld-Zusatzkasse.

- Berlin I (G. A. Müllerstr.) Otto Haberer, Stephanstr. 49, Curogeb. II.
- Ia Jährl. Berlin (G. A. Danzigerstr.) A. Hottas, Gothenstr. 17, v. I.
- Ia Jährl. Weissenh. Str. Grodost, Neu-Weissenh. Str. 126, I.
- Ib (G. A. Gütchenstr.) P. Großer, Plegnerstr. 40
- VI (Vatername) S. Wagner, Eisenacherstr. 64.
- VII (Arb. d. Schlacht- u. Viehhofes) P. Tropper, Eberstr. 22, 4 Tr.
- VIII (Arb. d. Kohlenpl.) A. Lehmann, Koppenstr. 98, v. III
- IX (Arb. d. Rev.-Zusp.) G. Wittmann, Salzweiderstr. 6
- X (Arb. d. Hörsenpl.) W. Rurtz, Marienburgerstr. 3, a.

- Bremen. P. Reichel, Vandewertr. 81.
- Cannstatt. A. Richter, Paragasse 8
- Chemnitz. M. Reichmar, Feindm. 5.
- Fürth i. Bayern. G. Schmidt, G. Langerstr. 65.
- Hamburg. V. Steen, Gyp. nord. Nordorferstr. 189, II.
- Harlitz. A. Wilt, Kurvenstr. 17
- Leipzig. M. Burkhardt, Connewitz-L. Kochstr. 134, IV
- Ludwigshafen a. Rh. V. Dögel, Friesenheimerstr. 19
- Magdeburg I. G. Godeke, Reut. Dietrichstr. 29
- III. Fr. Degen, Georgenpl. 2
- Mainz. A. Heimermann, Rheinallee 16, I.
- Mannheim I. D. Blauer, Gondarstr. 20, 4
- II. F. Bauer, 14 Querstr. 57
- IV. Vb. Rothleider, H. 4 22
- Münster. P. Hertlein, Keigere Mögelorferstr. 18.
- Nürnberg. G. Baumann, Guttingerstr. 37, II.
- Kirchdorf. V. Ruthe, Schönefelderstr. 19, Hof II.
- Schmargendorf. G. Scherffe, Deutsch-Wilmerdorf, Neulandstr. 87/89.
- Stuttgart-Weisbach. V. Schmolz, Hauptstr. 165.
- Stuttgart II. G. Altvater, Pestach, Ritterstr. 5.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Wahlen, die über Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können bei dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I. (Kantl. Müllerstr.) Sonntag, den 6. August.
- Berlin I. (Kantl. Danziger Str.) Dienstag, den 20. Juli, bei Herr. Bergmann Allee. Abends 8 Uhr.
- Berlin II. (Kantl. Gütchenstr.) Dienstag, den 18. August, Nordw. Damm bei Gimpel.
- Berlin II. (Kantl. Gütchenstr.) 27. Juli, Dragonerstr. 15, Abends halb 8 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerk-Arbeiter). Am 15. jeden Monats bei Damm, Reimstr. 33.

Berlin IV. (Desinfektoren). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wildgrube, Mühlauerstr. 31, Abends ein halb 9 Uhr.

Berlin V. (Kantl. Gütchenstr.). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Fasanstr. 16, Nachmittags halb 8 Uhr.

Berlin VI. Jährl. Gütchenstr. (Schlichter-Aussch.).

Berlin VII. (Schl. u. Schlachthof-Arbeiter). Jeden Dienstag nach dem 15. des Monats, Franzstr. Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des jährl. Kohlenplages). Sonntag nach dem 15. des Monats, 46 bei Kistowski.

Berlin IX. (Arbeiter der Revier-Inspektionen u.). Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Busse, Grenadierstr. 33.

Berlin X. (Arbeiter des Maschinenbaus der Schwere). Alle Sonnabends nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XI. (Kranenbauer). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Ein- u. Ufer 18, Gewerkschaftsbaus. 1 Treppe Zimmer 10.

Berlin XII. (Arbeiter der nord. Viehhöfe). Jeden Sonntag nach dem 15. in Weissenh. Rennschänke bei Götting, Nachmittags 7 Uhr.

Berlin XIV. (Steinarbeiter). Jeden Donnerstag nach dem 15. Abends 8 Uhr, bei Busse, Grenadierstr. 33.

Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Hantler, Bremer. Die Versammlungen werden in der „Arbeiter-Zig.“ oder durch Flugblätter bekannt gegeben. Versammlung: 3. Ufer, Gütchenstr. 24, 2. Ufer.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung jeden dritten Mittwoch im Monat, Abends 8 Uhr bei Schw. Reimstr. 48

Mannheim I. Fr. Jeden 1. Sonntag im Monat, Abends halb 8 Uhr bei Gütchenstr. 16, Nachmittags halb 8 Uhr.

Magdeburg I. (Arbeiter). Jeden Sonnabend nach dem 15. bei Gütchenstr. 16, Nachmittags halb 8 Uhr.

Magdeburg III. Jeden 1. Sonnabend im Monat, Kroschauerstr. 27, Abends 8 Uhr.

Mainz. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachmittags, Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Zur Wanz“, Wiesenstr. 16.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, halb 7 Uhr Abends bei Biermann, K. 3, Nr. 8.

Mannheim III. Versammlung jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachm. 3 Uhr, im Hotel „Spring“, H. 3, 3. bei Kemmer.

Mannheim IV. Alle 14 Tage nach der Jahrl. Versammlung bei Bus, 8, 1, 3, Weissenh. Am jedem Jahrl. wird die Beitrags-Ermittlung.

Nürnberg. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitglieder-Versammlung im „Goldenen Bogen“.

Nürnberg. Dienstag, den 6. August bei Reiter, Reiterstr. 49.

Stettin. Alle Sonntag nach dem 1. jeden Monats bei Stettin, Stettin.

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Samstag im Monat, 8 Uhr Abends, zum „Eren“.

Schmargendorf. Am 3. August in Wilmerdorf, Auguststr. 1 bei Struß.

**Abrechnung**

über den Fremden-Gewerkschaftsbeitrag.

(Verbands-Vorstand.)

Einnahme:	
An Berlin I (Kantl. Müllerstr.)	29,10 Mk.
„ „ Ia Danzigerstr.	54,40
„ „ Ib Gütchenstr.	59,50
„ „ II (Kantl. Gütchenstr.)	43,75
„ „ III (Wasserwerk-Arbeiter)	15,90
„ „ IV (Desinfektoren)	9,60
„ „ V (Kantl. Gütchenstr.)	6,05
„ „ VI (Vatername)	45,55
„ „ VIII (Kohlenplager-Arbeiter)	6,60
„ „ IX (Revier-Inspektionen)	60,00
„ „ X (Kohlenplager)	10,60
„ „ XI (Kranenbauer)	26,40
Charlottenburg	110,00
Frederichshagen	88,90
Friedrichshagen	13,45
Heidelberg	4,00
Leipzig	76,00
Magdeburg I	95,15
„ „ II	3,00
„ „ III	7,75
Mainz	9,00
Mannheim I	30,00
„ „ II	21,30
„ „ III	17,65
„ „ IV	12,80
Nürnberg	12,80
Stuttgart I	27,55
„ „ II	7,35
Schmargendorf bei Berlin	50,00
Teget bei Berlin	44,80
Weiden bei Berlin	13,05
<b>Summa</b>	<b>1013,80 Mk.</b>

**Ausgabe:**

Per Streckung in Bremen	820,00 Mk.
„ „ Karte des Verbandesleiters nach Bremen (Postgeb., Diäten, Telegramme)	74,75
<b>Summa</b>	<b>894,75 Mk.</b>

**Abschluss:**

Einnahme . . . . . 1013,80 Mk.

Ausgabe . . . . . 894,75

Reicht Bestand 119,05 Mk.

\*) Der Uebertrag ist an die Verbandskasse abgeführt worden.

Dr. Porsich.

Geprüft und für richtig befunden.

Berlin, den 5. Juli 1901.

P. Schulz, D. Zietel.

Anmerkung. Folgende Sammelkarten stehen bisher noch aus: Nr. 19 (Logien), 25 (Schweride), 26 (Rubahn), 33 (Polenz), 36 (Schlossgasse). Die Inhaber dieser Karten werden ersucht, dieselben umgehend an den Unterzeichneten abzuliefern.  
Dr. Porsich.

**Achtung, Berlin I.**

Der Betriebsarbeiter Wilhelm Stäbeberger soll hier das Gerücht verbreitet haben, daß er von Seiten der Krankengeld-Zusatzkasse keine Unterstützung bekommen habe. Das entspricht aber nicht der Wahrheit. Stäbeberger hat laut Mitteilung 12 Wochen à 3 Mk. gleich 36 Mk. erhalten; er hätte auch noch für die 13. Woche Unterstützung bekommen, wenn er sich selbst die 3 Mk. abgeholt hätte, welches aber nicht geschehen ist.  
Der Geschäftsführer.

Unter dem Vorstandscollegen, Kohlegehr Heinrich Sommerfeld zu seinem am 7. August stattfindenden 25jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Berlin III.

(Wasserwerk-Arbeiter.)

J. A. Der Vorstand.

**Ladewig's Bier-Stuben**

Kommandantenstr. 65.

Borzügliches Weiß- und Pilsener-Bier.

Vereinzelzimmer für 40 Personen.

Franz. Jillard.

Telephon.

Zahlstelle der „Freien Volksbühne“.

**Überall**

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

**Süddeutscher Postillon**

übernehmen können. Günstige Bedingungen. Weitere Auskunft erteilt auf gefr. Anfrage M. Ernst, Verlag, München, Senefelderstr. 4.



Südd. Postillon  
Jahres- und Halbjahresblatt.  
Erscheint alle 14 Tage.  
Original-Vertrieb. Preis  
10 Pfennig.

**Polytechnisches Institut, Friedberg**, Hessen  
(Gewerbe-Akademie) bei Frankfurt a. M.  
I. Höhere Lehranstalt mit akad. Kursen für Maschinen-, Elektro- und Bau-Ingenieurwesen etc.  
II. Technikum (mittlere Fachschule) für Maschinen- u. Elektro-Techniker — Programm kostenfrei.  
(Prüfung-Kommission.)

Neu! Originell! Zeitgemäß! Praktisch!

# ZEITLEXIKON

registriert alles, was auf den Gebieten der Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaften, Monatlich ein Heft  
Entwurf, Kunst, Theater, Musik, Technik, Industrie, Handel, Verkehr, von 100—125 Seiten  
Literatur, Marine etc. an Bedeutendem und Wissenswertem in der Preis jedes Heftes 1 Mark.  
ist unentbehrlich als Nachschlagewerk von unerschätlichem Werte für Hand- Das Lexikon ist durch alle Buch-  
werker, Beamte, Kleinrentner, Geschäftsleute, Landwirte, Beamte, Studierende etc. auch Zweck von der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 15.

Berlin, den 28. Juli 1901.

5. Jahrg.

## Versammlungen.

**Mannheim.** Am Sonntag, den 7. Juli, veranstalteten die Faktionen II und IV einen Ausflug mit den Familien, erzielte nach Mühsal i. d. Pfalz, letztere nach Schilfheim auf der Stralenburg. Die Arrangements zu den Ausflügen waren so vorzüglich, daß alle Teilnehmer und besonders die Frauen immer wieder in lobender Anerkennung bewunderten, noch nie in ihrem Leben so herrliche und frohe Stunden verlebte zu haben. Während doch alle Faktionen diesem Beispiele folgen und durch gefällige Vergünstigungen und Anstöße den Geist der Zusammengehörigkeit und Kollegialität stärken, dann wird auch unsere Organisation wesentlich gefördert werden.

**Mannheim.** Versammlung der städtischen Arbeiter. Die am Sonntag, den 14. d. Mts., Morgens, in die „Zentralhalle“ einberufene öffentliche Versammlung war von ca. 350 bei der Stadt beschäftigten Arbeitern besucht. Nach vorgenommener Bureauwahl erhielt der Referent Klein das Wort zu dem Thema „Die Lage der Arbeiter in den städtischen Betrieben und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“ Der Referent gab in klarer Rede an der Hand des für die städtischen Arbeiter seit zwei Jahren eingeführten Lohnsatzes ein allgemeines Bild über die Lage derselben. Eine ganze Anzahl Statistiken hätten den Minimallohn auf 3 Mk. festgelegt, zu Bremen, Altona, München, Hamburg, wogegen Mannheim immer noch 270 Mk. als ortsüblichen Tagelohn beibehalten hätte. Sehr zu bedauern sei, und vom Standpunkte der Humanität niemals zu rechtfertigen, wenn eine Arbeiterfabrik mit 1100 beschäftigten Personen den seit zwei Jahren mit ihnen vereinbarte Lohnsatz noch nicht einmal einhält, eine ganze Anzahl Arbeiter, die seit 2. 5 und noch mehr Jahren bei der Stadt sind und laut Tarif 9,30 und 8,50 Mk. zu beanspruchen hätten, würden immer noch mit 3,00 und 3,10 Mk. entlohnt. Auf Grund der Sozialgesetzgebung sei es Pflicht der städtischen Verwaltung resp. des Stadtrates, die einmal vereinbarten Löhne einzuhalten, indem das Kranken-, Unfall- und Alters-Invaliden-Versicherungsgesetz auf den allgemeinen ortsüblichen Tagelohn zugeschnitten wäre. Die Gemeindeversicherungsversicherung zähle ihren Mitgliedern nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns, in derselbe beträgt, z. B. 270 Mk., so erhält der Kranke eine Unterstützung, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Das fernere nimmt Redner Bezug auf die Tätigkeits der Arbeiterauschüsse. Dieselben seien eingetrig, um als Vermittler zwischen der Stadt und den Arbeitern zu figurieren. Diese Tätigkeit sei vollständig unmöglich, indem eine Sitzung der Ausschüsse seit 1/2 Jahren nicht mehr stattgefunden hat; infolge dessen ist es auch begründet, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern in ihrer Zeit für unter den städtischen Arbeitern eingeschätzt haben. In vorigen Jahre sei das Verprechen gegeben worden, im laufenden Jahr billigen Hausbrand für die städtischen Arbeiter zu besorgen; die Ausführung sei aber zu spät erfolgt, so daß eine Veranlassung der Forderung deshalb ausgeschlossen war. Ebenfalls wie im vorigen Jahr diese Großmissetate, wie Benz, Lang, Hof und Heubter, ihre Arbeiter durch Verema billiger Kohlen unterstützen, ebenso könnte man von der Stadt verlangen, daß sie dem Beispiel genannter Firmen für den kommenden Winter folge. Eine ganze Anzahl Entlassungen in den verschiedenen Werkstätten wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Der Referent berührte noch in kurzen Zügen die Aufgaben der gewerkschaftlichen und Verbandstätigkeit und ermahnte die Versammelten zum regen Anstrich. Großer Beifall belohnte den referenten für seine trefflichen Ausführungen.

Die hierauf folgende Diskussion war eine sehr reger; an derselben beteiligten sich Redner aus den verschiedenen Werkstätten der städtischen Verwaltung, die die Ausführungen des Referenten noch ergänzten; sie glaubten, daß es mit einigermaßen gutem Willen wohl möglich sei, die Lage der Arbeiter zu verbessern und die zahlreichen vorhandenen Mängel zu beseitigen.

Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

Die heutige, im Saale der „Zentralhalle“ von 850-1000 bei der Stadt beschäftigten Arbeitern beschlossene Versammlung beschließt, den Gesamtverband der organisierten Arbeiter zu beantragen, eine Eingabe an den Stadtrat zu machen, deren Zweck sein soll, in die den einzelnen Betrieben eingerichteten Arbeitsstätten zu befehlen, in erster Linie dadurch, daß die Rechte der Arbeiter-Ausschüsse zur vollen Geltung kommen, insbesondere, daß in allerhöchster Zeit eine außerordentliche Sitzung der Ausschüsse einberufen wird, in der Vorschläge in Bezug auf die allgemeine Lage gemacht werden sollen.“

**Stettin.** Die General-Versammlung der Faktion fand am 7. Juli statt. Zur Tagesordnung stand:

1. Kartellbericht.
2. Stellungnahme zur Pensionsfrage.
3. Bericht des Referenten.

Koll. Stern als Kartellbeauftragter leitete den Bericht über die Kartell-Situation ab.

Hierauf wurde beschlossen, den Verbandssekretär Fr. Koeck als Referenten zu bestellen, welcher über die Pensionsberechtigung der städtischen Arbeiter und über die Alters- und Renten-Versorgung referieren soll. Es

wurde von dem Koll. Müller darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorsitzende Koch den Beitrag von 18 Wochen schuldet, derselbe ist durch Kassirer Bemann vor zwei Wochen schon darauf aufmerksam gemacht worden, jedoch ohne jeden Erfolg. Koch wird als Mitglied und Vorstehender der Faktion Stern in gestrichen und dem Kollegen Klinge der Vorsitz übertragen.

— Offentliche Versammlung vom 21. Juli 1901, abgehalten im Lokale des Herrn Carl Mörs. Die Versammlung war ziemlich gut besucht. Tagesordnung:

1. Die Pensionsfrage und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter. Referent: Reich-Berlin.
2. Bericht des Referenten.

Nachdem Vorsitz der Notwendigkeit sowie die Berechtigung nachgewiesen, daß die städtischen Arbeiter im Falle der Erwerbsunfähigkeit nach einem bestimmten Dienstalter Anspruch auf Pensionierung haben, kommt derselbe speziell auf die Alters- und Renten-Versorgungen zu sprechen.

Es wird eine Kommission, bestehend aus folgenden Kollegen: Stern, Reich, Stolzenburg, Gründemann und Klinge gewählt, dieselbe wird beauftragt, eine diesbezügliche Petition auszuarbeiten und an den Magistrat zu senden.

Mit einem Appell an die Versammelten, stets treu und für die Organisation zu halten, wird die Versammlung geschlossen.

## Aus den Gemeinden.

**Arbeiter-Ausschüsse in Berliner städtischen Betrieben.** Es wird uns geschrieben: Die notwendig Arbeiter-Ausschüsse in sämtlichen Berliner städtischen Betrieben sind — nach einem Beschluß des Stadtrates — in der nächsten Woche in allen städtischen Verwaltungen einzuführen. In demselben Beschlusse ist es vorgesehen, daß die Arbeiter-Ausschüsse in allen städtischen Verwaltungen resp. des Stadtrates, die einmal vereinbarten Löhne einzuhalten, indem das Kranken-, Unfall- und Alters-Invaliden-Versicherungsgesetz auf den allgemeinen ortsüblichen Tagelohn zugeschnitten wäre. Die Gemeindeversicherungsversicherung zähle ihren Mitgliedern nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns, in derselbe beträgt, z. B. 270 Mk., so erhält der Kranke eine Unterstützung, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Das fernere nimmt Redner Bezug auf die Tätigkeits der Arbeiterauschüsse. Dieselben seien eingetrig, um als Vermittler zwischen der Stadt und den Arbeitern zu figurieren. Diese Tätigkeit sei vollständig unmöglich, indem eine Sitzung der Ausschüsse seit 1/2 Jahren nicht mehr stattgefunden hat; infolge dessen ist es auch begründet, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern in ihrer Zeit für unter den städtischen Arbeitern eingeschätzt haben. In vorigen Jahre sei das Verprechen gegeben worden, im laufenden Jahr billigen Hausbrand für die städtischen Arbeiter zu besorgen; die Ausführung sei aber zu spät erfolgt, so daß eine Veranlassung der Forderung deshalb ausgeschlossen war. Ebenfalls wie im vorigen Jahr diese Großmissetate, wie Benz, Lang, Hof und Heubter, ihre Arbeiter durch Verema billiger Kohlen unterstützen, ebenso könnte man von der Stadt verlangen, daß sie dem Beispiel genannter Firmen für den kommenden Winter folge. Eine ganze Anzahl Entlassungen in den verschiedenen Werkstätten wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Der Referent berührte noch in kurzen Zügen die Aufgaben der gewerkschaftlichen und Verbandstätigkeit und ermahnte die Versammelten zum regen Anstrich. Großer Beifall belohnte den referenten für seine trefflichen Ausführungen.

**Wie es dem Charlottenburger Magistrat erging.** In diesem Frühjahre schrieb der Magistrat von Charlottenburg die Lieferung von Fabrikstühlen für die städtischen Gebäude aus. Es kontrahierte neben hervorragenden deutschen Firmen eine Mailänder Firma, die den Zuschlag erhielt, obwohl ihr Angebot nur wenig niedriger war als das eines ersten Berliner Hauses. Dieses selbe Berliner Haus erhielt kurz darauf von dem Charlottenburger Magistrat nachstehendes Schreiben:

3. Nr. H. A. J. 783.

Charlottenburg, den 4. April 1901.

„Zur Abstellung des hier vorhandenen Notstandes in Folge Mangel an Arbeitsgelegenheit sind von uns verschiedene Maßnahmen getroffen worden.“

Wir ersuchen Sie, uns hierin zu unterstützen, indem Sie bei den für uns auszuführenden Arbeiten oder Lieferungen nach Möglichkeit nur solche Arbeiter beschäftigen, die in Charlottenburg ortsangehörig sind.“

Die Firma, an die sich der Magistrat so vertrauensvoll wendete, antwortete sofort:

An den Magistrat.

Charlottenburg.

Im Besitze des sehr geehrten Schreibens vom 4. d. M. gestatte ich mir zunächst die Bemerkung, daß ich an der Ausführung der Arbeiten, welche die Stadt Charlottenburg vergeben hat, möglichst dort ortsangehörige Leute zu verwenden. Leider hat aber der verehrte Charlottenburger Magistrat selber, entgegen seiner anerkennungswürdigen Absicht, praktisch doch die Möglichkeit dazu abgeschritten, indem er die Bestellung der Auftragsanträge für das Material aus einer italienischen Firma vergeben hat, trotzdem absolut keine Notwendigkeit dazu vorlag, denn es existieren — ganz abgesehen von meiner Firma — in Deutschland durchaus ebenbürtige Fabriken in fraglicher Spezialität.

Hochachtungsvoll

X.

## Rundschau.

**Der Kampf der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert fort.** Es arbeiten bei den fünf Firmen, die den Schiedspruch anerkennen haben, 463 männliche und 250 weibliche Personen. Im Auslande befinden sich noch 582 Personen mit 408 Kindern. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, welcher den Auftrag hatte, den von der Gewerkschaftskommission beschlossenen Boykott über die Nordhäuser Fabrikate zu verhängen, hat es unternommen, zur Einleitung der Schritte zum Boykott vermittelnd bei den Nordhäuser Fabrikanten vorzulegen zu werden, jedoch ohne jeden Erfolg. Die Fabrikanten verlangen bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter unter den Knebel des Fabrikanten. Die Kautabakfabrik von E. A. Kniff, die bis jetzt den übrigen Fabrikanten noch ausgeholfen hat, läßt jetzt, nachdem 95 pCt. ihrer Arbeitkräfte sich mit den ausgefertigten Solidarität erklärt und gleichfalls die Arbeit eingestellt haben, ihre Kautabakfabrikate von den Zinsen des Landgerichtszwangsmittel in Nordhausen anfertigen. Als Leiter und Vertreter der Anterziehung Kniffischer Kautabakrollen fungieren mehrere Werkführer und Kaufleute.

Da die Gefangenen sich nicht freiwillig zur Vertreibung von Streikbrecherarbeit anbieten können, so haben wir es hier also mit dem Eingreifen einer Behörde zu Gunsten der mit den Arbeitern in Kampfe stehenden Fabrikanten zu tun, was um so mehr zu beklagen ist, da die Nordhäuser Tabakarbeiter im Wesentlichen einen Kampf für die Anerkennung eines gesetzlich gewährleisteten Rechts — des Streikrechts — führen.

Die „Nord. Zig.“ berichtet, daß aus Neue Einigungs-verhandlungen zwischen den Fabrikanten und Ausführenden im Gange sind.

Seit 49 Wochen streiken die Glasarbeiter im Schaufenstein und seit 19 Wochen die Glasarbeiter in Nürnberg, ohne daß eine Aussicht vorhanden wäre, die Streiks in einer annehmbaren Form zu beenden. Die Unternehmer wollen keine Unterhandlung. Ueber die Ursache des Streiks berichtet das Verbandsorgan der Glasarbeiter, „Der Jaggenhof“, folgend:

„Der Schaufensteiner Streik entstand dadurch, daß die dortigen Arbeiter von der Firma Hey die selben Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangten, wie dieselbe sie den Nürnberger Glasarbeitern gewährte.“

Zu diesem Zwecke wählten die Schaufensteiner Glasarbeiter eine Lohnkommission, die jene Forderung zu stellen hatte. Die Lohnkommission wurde von Hey nicht anerkannt, ebenso auch nicht die Organisation selbst. Hey weigerte sich, mit diesen in Unterhandlungen sich einzulassen, er verlangte bedingungslos Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses. Darauf folgte die Kündigung vieler der Arbeiter und Eintritt in den Streik. Gleich nach der Arbeitsniederlegung in Schaufenstein wurde auch die Frage erörtert, ob es bei dieser Schlichtung nicht angebracht sei, wenn auch die Kollegen der Schwenkfabrik Nürnberg die Arbeit einstellen würden, um so die Bewilligung der Forderung der Schaufensteiner herbeizuführen. Die Durchführung dieser an sich taktischen Frage scheiterte jedoch an der Furcht vor einem Misgelingen, den man vermeiden wollte, im guten Glauben darauf, daß Hey doch noch nachgeben werde. Diese Annahme hat sich als eine durchaus irrige erwiesen, deshalb waren die Nürnberg Kollegen dazu gezwungen, die Arbeit ebenfalls niederzulegen.

Alle gütlichen Versuche aus dieser Streikenden, durch Einigung ein Ende des Kampfes herbeizuführen, sind gescheitert. In höchst kräftiger Weise wurde der Arbeiterauschuss, welcher im Auftrage einer Glasarbeiter-Versammlung den beiden Firmen Hey und Firma einen Einigungsorschlag unterbreiten sollte, am 28. April 1901 zurückgewiesen; nicht einmal das Fabrikantendruck durfte die Arbeiterkommission betreten; vor den Türen wurden sie von den Vorposten zurückgewiesen, mit den kurzen Worten: „Man will keine Unterhandlungen, nur bedingungslose Unterwerfung.“

Die Unternehmer machen aus Neue den Versuch, die Organisation der Glasarbeiter zu vernichten. Von den Streikenden wird, wenn sie wieder zur Arbeit zugelassen werden sollen, verlangt, daß sie sich durch Unterschrift verpflichten:

1. Das Verbandsbuch im Komptoir abzugeben;
2. die Verbandslokale, z. B. Fintel Nürnberg und Wülfer-Schaufenstein bei Obernkirchen, innerhalb zweier Jahre nicht zu betreten;
3. Bezugs zu leisten auf sämtliche Anrechte an die Pensionskasse, zu der die meisten Arbeiter Jahrzehnte lang beigetragen haben.

Ferner haben die vereinigten Unternehmer einen Arbeitsnachweis eingerichtet, durch welchen nur der Glasarbeiter Arbeit erhält, welcher nachweist, daß er dem Verbandsbuch der Glasarbeiter nicht angehört.

Weil die Unternehmer sich somit gegenseitig in dem Bestreben unterstützen, den Glasarbeiterverband zu vernichten, und durch gegenseitige Hilfeleistung die Streiks so zu verlängern suchen, daß der Verband daran verbanket, so greifen die Glasarbeiter zum letzten Mittel, das sie anwenden konnten: sie beschloffen den Generalstreik aller Glasarbeiter. Die Kündigung ist am 13. Juli in allen dem Fabrikantenring angeschlossenen Betrieben eingereicht, und am 27. Juli werden circa 7000 Glas-

